

Wer Solargeld will, muss in spätestens drei Jahren am Stromnetz sein

Das Bundesamt für Energie hat die Spielregeln für die Solaroffensive festgelegt. Wer bis Ende 2025 nicht teilweise produziert, geht leer aus. Ende 2028 muss die gesamte Anlage laufen.

Herold Bieler

Die Bundesversammlung hat am 30. September 2022 im Rahmen der «Dringlichen Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter» das Energiegesetz vom 30. September 2016 angepasst. Es bringt Erleichterungen bei den Bewilligungsvoraussetzungen für Fotovoltaik-Grossanlagen und deren Förderung, die bis zu 60 Prozent der Investitionskosten betragen kann.

In der Energieverordnung und der Energieförderungsverordnung werden das Monitoring und die Mechanismen im Zusammenhang mit dem Schwellenwert von 2 TWh sowie die Gesuchverfahren und die Bemessungskriterien für die Förderung festgelegt. Aufgrund der Dringlichkeit wird dazu keine ordentliche Vernehmlassung, sondern nur eine Konsultation der interessierten Kreise bis zum 16. Dezember 2022 durchgeführt.

Die Verordnungsänderungen sollen voraussichtlich am 1. März 2023 in Kraft treten. Dann sind die Kantone an der Reihe, wenn es um die Bewilligungsverfahren geht. Im Wallis wird das Parlament am 9. und 10. Februar 2023 eine ausserordentliche Session zum Thema Energie halten. Da will der Staatsrat mittels zwei Dekreten auch die Spielregeln für das weitere Vorgehen offenlegen. Allein im Wallis sind mittlerweile ein halbes Dutzend Projekte in den Startlöchern.

Wie viele Projekte schlussendlich bis zum 31. Dezember 2025 öffentlich aufgelegt werden, ist zurzeit schwer abschätzbar. Aufgrund der erforderlichen Mindestproduktion von 10 GWh und der Schwelle von 2 TWh werden es maximal 200 Projekte sein. 2 TWh ist fast die Produktion der Grande Dixence. Diese produzierte im vergangenen Jahr 2103 Gigawattstunden Strom (GWh).

Die Prüfung der Fördergesuche und die Plausibilisierung

der eingereichten Unterlagen sowie das regelmässige Aktualisieren der Liste mit den aufgelegten, erstinstanzlich bewilligten und rechtskräftig bewilligten Projekten führt zu einem beträchtlichen Vollzugsaufwand beim Bundesamt für Energie (BFE). Dafür wird allerdings nur eine Vollzeitstelle zusätzlich benötigt.

Massgebend für die Beurteilung der Einhaltung der Schwelle von 2 TWh ist die Produktion einer Anlage in dem Zeitpunkt, in dem sie in Betrieb genommen wird. Wenn Anlagen mit einer Produktion von insgesamt 2 TWh in Betrieb genommen worden sind, können keine weiteren Projekte mehr bewilligt oder ausgeführt werden. Die Kantone erteilen die Bewilligung unter dieser Bedingung.

Damit will man sicherstellen, dass der Zubau effektiv im Umfang von 2 TWh erfolgt und nicht durch Projekte, die lediglich auf dem Papier bestehen, blockiert wird. Bereits jetzt sind ja Dutzende Projekte in Diskussion, viele werden allerdings kaum realisiert werden. Sollte sich abzeichnen, dass die Obergrenze von 2 TWh überschritten werden könnte, wird es am Bundesgesetzgeber sein, insbesondere für weit fortgeschrittene Projekte rechtzeitig eine Übergangsregelung zu treffen.

Eine Fotovoltaik-Grossanlage kann nur dann von der speziellen Einmalvergütung profitieren, wenn sie bis zum 31. Dezember 2025 mindestens teilweise Elektrizität ins Stromnetz einspeist. Das Parlament hat das so beschlossen, um den Zubau von Grossanlagen im alpinen Raum zu vereinfachen und zu beschleunigen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht der Bund auch eine Frist für die vollständige Inbetriebnahme der Anlage vor.

Wenn bis Ende 2025 10 Prozent einer Anlage in Betrieb genommen werden, sollte es realistisch sein, die restlichen 90 Prozent innerhalb von drei Jahren,



Mit Solarstrom aus den Alpen will die Schweiz sich gegen einen Strommangel rüsten. Der Bund hat die Spielregeln nun festgelegt.

Bild: Keystone

also bis Ende 2028, fertigzustellen. Denn besonders aufwendig bei so einem Projekt sind die Vorarbeiten, bis die eigentliche Anlage gebaut werden kann. Für den Fall, dass bei einer Anlage doch nicht die komplett geplante Gesamtleistung bis Ende 2028 in Betrieb genommen werden kann, ist vorgesehen, dass die spezielle Einmalvergütung für den Teil der Anlage, der bis Ende 2028 in Betrieb genommen wurde, anteilmässig gewährt wird.

Auch Preisschwankungen soll Rechnung getragen werden. Mit Blick auf die Hausse des Strompreises für das kommende Jahr eine richtige Entscheidung. Sollten sich die Elektrizitätspreise in den nächsten Jahren wieder auf einem viel tieferen Niveau einpendeln als heute, würde diesem Umstand zugunsten des Gesuchstellers Rechnung getragen. Er kann also mit einem höheren Beitrag rechnen. Umgekehrt soll dadurch aber auch das Risiko gesenkt werden, dass die Einmalvergütung Kosten vergütet, die auch ohne Förderung wirtschaftlich wären. Dies wäre der

Fall, wenn bei Gesuchseinreichung mit eher tiefen Marktpreisen zu rechnen war und bei Inbetriebnahme hohe Marktpreise gelten.

Die Verordnung sieht auch die Möglichkeit der gestaffel-

ten Auszahlung vor. Allein aufgrund der Grösse und der voraussichtlichen Standorte der Anlagen sei von sehr hohen Investitionskosten und einer längeren Bauphase auszugehen, als dies bei Fotovoltaikanlagen sonst

üblich sei. Die Projektanten dürften daher unter Umständen darauf angewiesen sein, beim Erreichen von Meilensteinen jeweils einen Teil der zu erwartenden Einmalvergütung ausbezahlt zu erhalten.

Alpine Solaranlagen: Staatsrat zündet den Turbo

Der Walliser Staatsrat erklärt den Bau von alpinen Solaranlagen zur Chefsache. Ab sofort übernimmt Staatsrat Roberto Schmidt. Das Bewilligungsverfahren soll massiv beschleunigt werden. Wie die Walliser Staatskanzlei in einer Mitteilung vom Mittwoch schreibt, hat der Staatsrat beschlossen, dem Grossen Rat einen dringlichen Dekretsentwurf zum Bewilligungsverfahren für alpine Fotovoltaik-Grossanlagen zu unterbreiten. Die Walliser Regierung stützt sich dabei auf den neuen Artikel 71a des eidgenössischen Energiegesetzes. Der Dekretsentwurf sieht vor, den Staatsrat anstelle der kantonalen

Baukommission (KBK) als Bewilligungserstinstanz einzusetzen und damit den direkten Beschwerdeweg ans Kantonsgericht freizumachen. So können bei allfälligen Einsprachen der Umweltorganisationen bis hin zum Bundesgericht Monate oder gar Jahre bis zu einem definitiven Entscheid eingespart werden. Um ein rasches Bewilligungsverfahren zu ermöglichen, ist die Rede von der Einführung eines konzentrierten kantonalen Verfahrens, bei dem der Staatsrat nach Befragung der verschiedenen Fachstellen in einem einzigen Beschluss sowohl über den Bau der Anlage als auch über die nötigen Sonderbewilligungen

entscheiden würde. Ausserdem stuft der Staatsrat die alpinen Fotovoltaik-Grossanlagen fortan als Regierungsangelegenheit ein und unterstellt diese als solche dem Vorsteher des Departements für Finanzen und Energie (DFE), welches über die nötigen Fachkompetenzen für die Analyse grosser Kraftwerksprojekte verfügt. Mit dem Dekretsentwurf schaffe der Staatsrat die Grundlage, dass der Kanton für die Bearbeitung von Bewilligungsgesuchen für grosse Fotovoltaikanlagen vorbereitet sei und die Bundesgesetzgebung effizient und kohärent umgesetzt werden könne, heisst es in der Mitteilung.